

Niederschrift
über die
2. Sitzung des Regionalrates
am 07.06.2001
in Schmalleberg

Beginn: 9.30 Uhr
Ende: 12.45 Uhr

Anwesende: siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung

für die

2. Sitzung des Regionalrates

am 07.06.2001

in Schmallenberg

9.30 Uhr

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit des Regionalrates
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Benennung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
4. Genehmigung der Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Regionalrates am 04.04.2001
5. Schwerpunktthema:
„Forst- und Holzwirtschaft – Chancen für eine nachhaltige Regionalentwicklung im Regierungsbezirk Arnsberg“ (⇒ externe Vorlage)
 - Referent: Forstdirektor **Püttmann**, Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
 - Co-Referenten: Forstdirektor **Holtkämper**, Forstamt Olsberg
Forstdirektor **von der Goltz**, Forstamt Schmallenberg
6. Jahresförderprogramm
 - Beratung 2001
 - Abwicklung 2000
7. Tourismusförderung „Rothaarsteig“
 - Information

8. Übersicht über den künftigen Verfahrensablauf bei Linienbestimmungsverfahren für Landesstraßen (insbesondere Beteiligung des Regionalrates)
 - Information
9. Übersicht über den künftigen Verfahrensablauf bei der Aufstellung der gesetzlichen Bedarfs- und Ausbaupläne des Bundes und des Landes sowie der Förderprogramme für den kommunalen Straßenbau
 - Information
10. Übersicht über den künftigen Verfahrensablauf bei der Aufstellung der ÖPNV-Förderprogramme
 - Information
11. Wohnungsbauprogramm
 - Abwicklung 2000
 - Beratung 2001
12. Stadterneuerungsprogramm 2000
 - Abwicklung
13. Dringlichkeitsliste Altlasten – 2001
 - Herstellung des Benehmens
14. Krankenhausinvestitionsprogramm 2000
 - Abwicklung
15. Krankenhausbedarfsplanung
 - Information über derzeitigen Sachstand
16. Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie der EU
 - Information
17. Regionale Strukturpolitik - Impulse für die Region Hellweg-Hochsauerland
 - Stellungnahme des Regionalrates

18. Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereiche Bochum und Hagen (Bochum, Herne, Hagen, Ennepe-Ruhr-Kreis, Märkischer Kreis)
 - Beitrittsbeschluss

19. Neuaufstellung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Detmold, Teilabschnitt Oberbereich Bielefeld (Stadt Bielefeld, Kreise Gütersloh, Herford, Lippe und Minden-Lübbecke)
 - Stellungnahme des Regionalrates

20. Neuaufstellung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Münster, Teilabschnitt „Emscher-Lippe“
 - Stellungnahme des Regionalrates

21. Mitteilungen

22. Anfragen

TOP 1: Der Vorsitzende des Regionalrates, Herr Hermann-Josef **Droege**, eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende dem Ratsmitglied und Vorsitzenden der SPD-Fraktion Herrn Hans-Walter **Schneider**, der am 05.06.2001 seinen 50. Geburtstag feiern konnte.

Als Referenten zum Schwerpunktthema begrüßt der Vorsitzende Herrn Forstdirektor **Püttmann** vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW, sowie Herrn Forstdirektor **von der Goltz**, Leiter des Forstamtes Schmallenberg und Herrn Forstdirektor **Holtkämper**, Leiter des Forstamtes Olsberg.

Einen weiteren Gruß richtet er an Herrn Regierungspräsident Wolfram **Kuschke**, ebenso an alle anwesenden Vertreter/innen der Verwaltung. Als Vertreter der Staatskanzlei heißt er Herrn Ministerialrat **Richter** willkommen.

Zum Schluss gilt sein Gruß dem Gastgeber der Sitzung, Herrn Bürgermeister Bernhard **Halbe**, der die Mitglieder des Regionalrates im Namen der Stadt Schmallenberg willkommen heißt und die Stadt vorstellt.

TOP 2: Der Regionalrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der bekanntgegebenen Tagesordnung wird zugestimmt."

TOP 3: Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird das Ratsmitglied Wolfgang **Cordes** benannt.

TOP 4: Der Regionalrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Regionalrat genehmigt die vorgelegte Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Regionalrates am 04.04.2001."

TOP 5: Die Vorträge und die sich anschließende Diskussion zum Thema "Forst- und Holzwirtschaft – Chance für eine nachhaltige Regionalentwicklung im Regierungsbezirk" ist als Anlage 2 beigelegt.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

"Der Regionalrat begrüßt die modellhaften Aktivitäten der Forst- und Holzwirtschaft, den Regierungsbezirk Arnsberg mit seinen walddreichen Regionen Sauerland/Siegerland-Wittgenstein im Rahmen einer branchenübergreifenden Strategie zu der Kompetenzregion Forst, Holz und regenerative Energien in Nordrhein-Westfalen zu entwickeln. Er sieht in den Aktivitäten besondere Chancen für nachhaltige Entwicklung, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Steigerung der regionalen Wertschöpfung in der Region.

Er wird die Aktivitäten im Rahmen seiner Zuständigkeiten für Regionalplanung und regionale Strukturpolitik unterstützen und bittet die Bezirksregierung, den Prozess moderierend zu begleiten.

Er fordert die Bezirks- und Landesregierung auf, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten den Regierungsbezirk Arnsberg zu **der** Schwerpunktregion Forst, Holz und regenerativer Energien in NRW zu entwickeln und Maßnahmen zur Entwicklung eines Kompetenzzentrums Forst, Holz und regenerative Energien im Rahmen der förderpolitischen Entscheidungen mit Priorität zu unterstützen."

TOP 6: Ergänzend zur Vorlage ist eine Tischvorlage zu den Förderbereichen "Feuerschutz" und "Schulbau" ausgelegt worden. Eine weitere Tisch-

vorlage beinhaltet die Änderung des Förderschemas für das Stadterneuerungsprogramm.

Herr Abteilungsdirektor **Diedrich** erläutert die Vorlage und betont, dass das Jahresförderprogramm eine Förderprognose für das laufende Jahr sei. Nachdem die grundsätzlichen Förderprogrammentscheidungen in den verschiedenen Ressorts getroffen worden seien, erstelle die Bezirksregierung zum Jahresbeginn eine Übersicht, welche Maßnahmen im laufenden Jahr voraussichtlich gefördert werden können. Dieses Jahresförderprogramm habe rechtlich nur eine eingeschränkte Bedeutung, praktisch sei es jedoch von großer Bedeutung, denn es sei eine komplette Übersicht darüber, was sich in den einzelnen Förderbereichen tut. Außerdem werde über die kommunale Finanzsituation informiert.

Auf die Fragen der Ratsmitglieder **Knieling, Cordes** und **Fleskes** zur Systematik der Liste im Bereich Schulbau, antwortet Herr **Diedrich**, dass die Liste der Maßnahmen mit vorzeitigem Beginn vollständig sei. Im übrigen seien alle vorliegenden Anträge zum Bereich in der Hauptvorlage enthalten. Die Frage, was 2001 wirklich gefördert werde, lasse sich heute noch nicht beantworten. Die Aussage der Landesregierung sei, das neue Pauschalierungssystem im Jahre 2002 einzuführen und zwar unvorbelastet, d.h. alle Bewilligungsbescheide, die bereits erteilt seien, würden bedient. Als nächstes stünden die Maßnahmen, die einen vorzeitigen Beginn zugesagt bekommen haben, an. Ob die Mittel dafür ausreichen werden, könne noch nicht beurteilt werden und ob dann noch Mittel für Anträge, die in der Hauptvorlage stehen, verbleiben, lasse sich auch noch nicht abschließend beurteilen.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

"Der Regionalrat nimmt die Abwicklung des Jahresförderprogramms 2000 zur Kenntnis und berät das Jahresförderprogramm 2001."

TOP 7: Der Regionalrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg nimmt die Information der Tourismusförderung zur Kenntnis."

TOP 8: Herr Abteilungsdirektor **Schmitt** erläutert die Vorlage. Herr **Brunsmeyer** regt an, diejenigen Projekte, die zum Bundesverkehrswegeplan aus dem Regierungsbezirk Arnsberg gemeldet worden seien, den Mitgliedern des Regionalrates zur Kenntnis zu geben.

Diese Information soll in der nächsten Sitzung des Regionalrates erfolgen.

Der Regionalrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg nimmt die Information zur Kenntnis."

TOP 9: Ergänzend zur Vorlage ist der **Regionale Auszug für den Regierungsbezirk Arnsberg des Landesstraßenbauprogrammes als Tischvorlage** ausgelegt worden.

Der Regionalrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Regionalrat nimmt das Programm entsprechend der Vorlage und die Darstellung des Verfahrens zur Kenntnis."

TOP 10: Der Regionalrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg nimmt die Information der ÖPNV-Förderprogramme zur Kenntnis."

TOP 11: Der Regionalrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg nimmt das Wohnungsbauprogramm 2000 zur Kenntnis und berät das Wohnungsbauprogramm 2001."

TOP 12: Der Regionalrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg nimmt die Abwicklung des Stadterneuerungsprogramms zur Kenntnis."

TOP 13: Der Regionalrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg erteilt sein Einvernehmen zu der Dringlichkeitsliste "Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten"."

TOP 14: Der Regionalrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg nimmt die Abwicklung des Krankenhausinvestitionsprogramms zur Kenntnis."

TOP 15: Frau Abteilungsdirektorin **Dr. Giere** erklärt ergänzend zur Vorlage, dass damit zu rechnen sei, dass Ende des Jahres Planungsgrundsätze vorlägen und eine regionale Planung möglich sei. Der Regionalrat soll hierüber informiert werden.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, diesen Punkt in einer der nächsten Sitzungen der Strukturkommission zu thematisieren, da nach seiner Mei-

nung der nationale, aber auch der internationale Gesundheitsmarkt im Umbruch seien.

Herr Regierungspräsident **Kuschke** unterstreicht die gesundheitspolitische Verantwortung der Landesregierung und sieht den regionalen Diskussionsbedarf in Bezug auf die Versorgungsgebiete. Er sagt zu, dass eine zeitnahe Information des Regionalrates erfolgen werde.

Der Regionalrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Regionalrat des Regierungsbezirks Arnberg nimmt die Information der Krankenhausbedarfsplanung zur Kenntnis."

TOP 16: Herr Abteilungsdirektor **Eickhoff** macht deutlich, dass die Vorlage eine erste Information zu einem Thema sei, das auch noch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten aktuell sei.

Herr **Stork** befürchtet, dass durch diese Wasserrahmenrichtlinie kommunale Aufgaben in staatliche Bereiche zurückgezogen werden.

Auch Herr **Rolland** stellt die Wichtigkeit heraus, dass der kommunale Bereich auch bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ein Mitspracherecht haben müsse, um sicherzustellen, dass der Staat nicht alleine plane und die Kommunen allenfalls nur noch umsetzen müssten.

Herr **von Buchwald** weist darauf hin, dass eine frühzeitige Koordination der neuen Zuständigkeiten mit denen der bisherigen Abwasserverbänden existentiell notwendig sei, um ein vernünftiges Maßnahmenprogramm zustande zu bringen

Der Regionalrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"Der Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg nimmt die Information zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie der EU zur Kenntnis."

TOP 17: Herr Regierungspräsident **Kuschke** regt bezüglich der Umsetzung des Konzeptes an, diese Frage und weitere Verfahrensfragen in der Strukturkommission zu beraten, um es dann noch einmal im Regionalrat vorzubringen und für zukünftige Behandlungen entsprechende Empfehlungen abzuleiten.

Herr **Schneider** betont, dass das vorliegende Impulspapier die Fortschreibung des bisher bestehenden Regionalen Einzelhandelskonzept sei. Aus der Vielzahl der Maßnahmen hebt er den Bereich Tourismus hervor, der in der Region Hellweg - Hochsauerland weiterhin ein starker Wirtschaftsfaktor bleiben müsse. Weiterhin sei es ihm ein Anliegen, die starke mittelständische Wirtschaft dieses Bereiches zu unterstützen und zu stabilisieren. Er begrüße die Absicht der Landesregierung zur Errichtung einer südwestfälischen Fachhochschule, sowie die bereits angesprochenen Kompetenzzentren.

Frau **Wawrzyniak** hält es für wünschenswert, Kriterien zu entwickeln, die die Diskussion und den Umgang mit derartigen Entwicklungskonzepten/Impulspapieren ermöglichen.

Als Vertreter der Naturschutzverbände unterstützt Herr **Brunsmeyer** einige Ansätze im vorliegenden Papier, er sieht jedoch verschiedene Querschnittsziele nicht sichergestellt. Nur wenn dieses geschehen sei, dürfe seiner Meinung nach eine Förderung des Landes erfolgen. Er schlägt daher vor, den Beschlussvorschlag durch eine entsprechende Formulierung zu ergänzen.

Herr **Riebinger** hält eine Ergänzung des Beschlussvorschlages für nicht nötig, da bei der Förderung des vorliegenden Konzeptes durch die Landesregierung die globalen Querschnittsziele sehr wohl beachtet worden

seien. Auch Herr **Rittermeier** erklärt, dass ein Konsens aller regionalen Kräfte erzielt worden sei und bittet, diesem Konzept zuzustimmen.

Herr Regierungspräsident **Kuschke** gibt über das Impulspapier hinausgehende Informationen zum Stand der Planungen "Masterplan Seen im Sauerland" und zur beabsichtigten Änderung des Hochschulgesetzes. Herr **von Buchwald** unterstreicht die Wichtigkeit einer mit der Region verbundenen Hochschullandschaft für die Wirtschaftsregion Südwestfalen.

Herr **Werner** stellt nach dieser Diskussion den förmlichen Antrag, den Beschlussvorschlag im letzten Absatz um die Formulierung "unter Berücksichtigung geeigneter Querschnittsziele" zu ergänzen.

Bei **2 Enthaltungen und 1 Gegenstimme** fasst der Regionalrat folgenden **Beschluss**:

"Der Regionalrat begrüßt die Strategie der Region Hellweg-Hochsauerland, mit Impulsen für die Region die vorhandenen Stärken der Region in den Bereichen Rohstoffe, Technologie und Tourismus zu profilierten Kompetenzen weiterzuentwickeln und auszubauen.

Im Rahmen der Regionalen Strukturpolitik und der Regionalplanung wird der Regionalrat die Region bei der Umsetzung der Entwicklungsstrategie unterstützen und begleiten.

Er fordert die Landesregierung auf, das Impulspapier und den darin vorgeschlagenen Aktionsplan im Rahmen der strukturellen Entscheidungen zu berücksichtigen und die vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen der Fördermöglichkeiten des Landes mit Priorität zu fördern."

TOP 18: Herr Abteilungsdirektor **Schmitt** erläutert die Maßgaben des Genehmigungserlasses, insbesondere die neu formulierten Ziele 18 Abs 4 und 25 Abs 2. Herr **Brunsmeyer** macht daraufhin erneut seine grundsätzlichen Bedenken gegen das vorangegangene Verfahren geltend. Er bittet, den Beitrittsbeschluss nicht zu fassen und den GEP-Teilabschnitt noch einmal zu überarbeiten. Die vorgebrachten Bedenken werden von Herrn **Werner** aufgegriffen, darüber hinaus sieht er Zielkonflikte im Bereich Freiraum - Zif. 2.1. der Vorlage – und 3.1. der Vorlage – Verkehr -. Herr **Knieling** betont, dass die Vorlage in der Planungskommission eingehend diskutiert worden sei. Im Ergebnis sei festgestellt worden, dass es während des Genehmigungsverfahrens keine neuen Erkenntnisse gegeben habe und somit keine Rechtsunsicherheiten erkennbar seien. Herr **Hebell** weist ergänzend darauf hin, dass es sich bei den Maßgaben im Wesentlichen um redaktionelle und nicht um sachliche Änderungen handle.

Bei **3 Gegenstimmen** fasst der Regionalrat folgenden **Beschluss**:

"1. Der Regionalrat nimmt die Genehmigung des Chefs der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen (Landesplanungsbehörde) vom 23. März 2001 zur Kenntnis (siehe Anlage).

2. Den im Genehmigungserlass aufgeführten Maßgaben wird beigetreten."

TOP 19: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

"Der Regionalrat bringt gegen die geplante Neuaufstellung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Detmold, Teilabschnitt Oberbereich Bielefeld (Stadt Bielefeld, Kreise Gütersloh, Herford, Lippe und Minden-Lübbecke) keine Bedenken und Anregungen vor."

TOP 20: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

"Der Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg erhebt Bedenken gegen die Ausweisung des Entertainment-Centers Xscape (Sport Village) an der A 42 in Castrop-Rauxel."

TOP 21: Der Vorsitzende weist auf folgende mit der Einladung versandte Unterlagen hin:

- Ergänzung zu TOP 15 "Krankenhausbedarfsplanung"
- Abfallwirtschaftsplan (AWP) für die öffentlich-rechtliche Entsorgung von Siedlungsabfällen im Regierungsbezirk Arnsberg
- 4. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Münster - Teilabschnitt Münsterland – Darstellung der Verlängerung der Start-/Landebahn des Internationalen Verkehrsflughafens Münster/Osnabrück auf 3.600 m, auf dem Gebiet der Stadt Greven

Folgende Unterlagen sind als Tischvorlage ausgelegt:

- ein Orientierungsplan, in dem die verschiedenen Dienstgebäude der Bezirksregierung angegeben sind,
und
- einen Orga-Plan der Bezirksregierung,

Es wird darauf hingewiesen, dass allen Mitgliedern des Regionalrates die **Information** betr. der **Grundsätze der Planung und Genehmigung von Windenergie-Anlagen**, die in der Planungskommission beraten wurde, zugegangen ist.

Auf dem Tisch liegen aktuelle Informationen zum "Metrorapid in Nordrhein-Westfalen" aus.

Es wird beschlossen, die 3. Sitzung des Regionalrates auf Freitag, den 28.09.2001 zu verlegen. Die Sitzung der Verkehrskommission wird auf Montag, den 24.09.2001 verlegt.

TOP 22: Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 12.45 Uhr.

Droege, Vorsitzender

Cordes, Ratsmitglied

Meier, Schriftführer

Anlage 1 - Anwesenheitsliste

Sitzung des Regionalrates am 07.06.2001 in Schmalleberg
**Schwerpunktthema: "Forst- und Holzwirtschaft – Chancen für eine nachhaltige
Regionalentwicklung im Regierungsbezirk Arnsberg"**

Herr Forstdirektor Püttmann, Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Regierungspräsident, meine Damen und Herren,

ich freue mich, heute als Forstfachbeamter zum v. g. Thema aus Sicht des Umweltministeriums Stellung nehmen zu dürfen. Die Einladung ist naturgemäß an unseren Staatssekretär, Herrn Dr. Griese, gegangen, der auch gerne gekommen wäre, aber er befindet sich mit Herrn Abteilungsleiter Neiss derzeit auf einer Auslandsreise. Er bittet seine Nichtteilnahme zu entschuldigen.

Das Thema haben wir so aufgeteilt, dass ich allgemeine Informationen über die Forst- und Holzwirtschaft in Nordrhein-Westfalen sowie im Regierungsbezirk Arnsberg vortrage und die regionalen forstlichen Vorstellungen und Wünsche von den Kollegen Herrn von der Goltz, Leiter des Forstamtes Schmalleberg, und Herrn Holtkämper, Leiter des Forstamtes Olsberg, formuliert werden.

Folie 1 zeigt die Flächennutzung in Nordrhein-Westfalen. Die Gesamtgröße des Landes beträgt ca. 3,4 Mio. ha. Auf dieser Fläche leben 18 Mio. Einwohner, das entspricht einer Bevölkerungsdichte von rd. 528 Einwohnern je km². Ca. 27 % der Landesfläche, das heißt rd. 915.000 ha wird forstlich genutzt. Dazu kommt als weiteres prägendes Element in Nordrhein-Westfalen die landwirtschaftliche Nutzung auf rd. 52 % der Fläche.

Mit nahezu 70 % Anteil an der Gesamtwaldfläche überwiegt der Privatwald deutlich. Die Wälder sind im Besitz von rd. 150.000 Eigentümern mit inhomogener Größenstruktur. Statistisch gesehen besitzt ein Eigentümer weniger rd. 4 ha Waldfläche. Somit ist die Zielsetzung bei der Bewirtschaftung sehr unterschiedlich. Von nachhaltiger Waldbewirtschaftung zur Erzielung von Einkünften bis hin zur Jagdnutzung oder auch einer reinen Sparkassenfunktion ist alles vertreten.

Die räumliche Verteilung des Waldes zeigt mit der Eifel, dem Bergischen-, Sieger- und Sauerland und Ostwestfalen einen deutlichen Schwerpunkt im südlichen Landesteil, während in der Landesmitte die Ballungsräume mit einem hohen Bevölkerungsanteil liegen. Hier findet die Wertschöpfung statt. Im nördlichen Landesteil finden wir Misch-formen mit überwiegend landwirtschaftlicher Flächennutzung.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass die Ansprüche an den Wald in NRW enorm sind. Auf gleicher Fläche kommen z. B. die Wünsche des Wirtschafters, der Erholungssuchenden, das heißt z. B. Wanderer, Radfahrer, Skilangläufer etc. oder der Wasserwirtschaft zusammen. Durch Forstmaschinen verschmutzte Waldwege kommen da oft nicht gut an.

Für Eigentümer, die „Erwerbsforstwirtschaft“ betreiben, das heißt, die vom Wald leben, ist es im dichtbesiedeltesten Bundesland Deutschlands schwerer als im nationalen bzw. internationalen Vergleich, da bei uns wie sonst nirgendwo eine multifunktionale Flächennutzung stattfindet.

Folie 2 zeigt die Stellung des Regierungsbezirks Arnsberg innerhalb Nordrhein-Westfalens. Der Regierungsbezirk Arnsberg umfasst mit rd. 8.000 km² ca. 24 % der Landesfläche. Die Waldfläche beträgt ca. 40 % der Gesamtwaldfläche Nordrhein-Westfalens. Auch hier ist eine deutliche Steigerung des Flächenanteils vom Ballungsraum um Dortmund hin zum südlichen Teil des Landes, dem Sauer- und Siegerland, festzustellen.

Im Regierungsbezirk stocken nach den Ergebnissen der Landeswaldinventur von 1998 ca. 42 % des landesweiten Holzvorratskapitals. Es handelt sich überwiegend um ertragsstarke gut bevorratete Waldbestände, aus überwiegend Fichte und Buche die nahezu die Hälfte des gesamten Holzeinschlagspotentials Nordrhein-Westfalens ausmachen. Hiervon wird nach unseren Statistiken derzeit rd. 61 % genutzt. Dieses liegt deutlich über dem Landesdurchschnitt. In Nordrhein-Westfalen insgesamt wird nur etwa die Hälfte des jährlichen Zuwachses auch genutzt.

Ein deutlicher Unterschied im Regierungsbezirk besteht bei der Nutzung der einzelnen Baumarten: Während beim Nadelholz 70 % des Zuwachses genutzt wird, ist es

beim Laubholz nur 34 % des Zuwachses. Das heißt Nadelholz ist seitens der Industrie stärker nachgefragt als Laubholz. Angesichts der Zielsetzung des Landes, den Laubholzanteil weiter zu erhöhen, ist eine Steigerung der Nachfrage und Verwendung gerade dieser Hölzer notwendig.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass im Bereich des Regierungsbezirks Arnsberg hohe Holzvorräte stocken und im Verhältnis zum übrigen Land ein hoher Mobilisierungsgrad bei der Nutzung vorhanden ist, der aber - insbesondere im Laubholzbereich - noch gesteigert werden könnte.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine Anmerkung zu der Aussage, ob der Wald nicht übernutzt bzw. die ökonomischen Belange nicht zu sehr in den Vordergrund gestellt werden.

Die Grundlagen des forstlichen Wirtschaftens sind im Landesforstgesetz, das im Jahre 2000 novelliert wurde, festgelegt. Der Begriff "ordnungsgemäße Forstwirtschaft" ist hier definiert und durch exakt aufgeführte Kriterien und Indikatoren nachprüfbar gemacht. Durch eine flächendeckende Forstorganisation mit fachkundigem Personal ist eine intensive Betreuung bzw. Beaufsichtigung der Waldwirtschaft sichergestellt. Wie wichtig die Landesregierung das Anliegen einer ordnungsgemäßen Forstwirtschaft nimmt, zeigt sich daran, dass in den vergangenen Jahren trotz knapper Haushaltsmittel zusätzliches Personal für die Betreuung des Waldbesitzes bereitgestellt wurde. Die Ergebnisse der regelmäßig durchgeführten Waldinventuren belegen, dass die Zuwächse im Land weit über der Nutzung liegen. Die geäußerten Sorgen über eine zu hohe Holznutzung sind daher unbegründet.

Für uns als Förster oder Waldbesitzer, die Holz an den Markt bringen, d.h. ihre Produkte auch veräußern wollen, ist es wichtig, entsprechende Kundschaft, das heißt Nachfrage zu haben.

Die Anzahl der Betriebe, Beschäftigten und Umsätze bei der Holzindustrie im Regierungsbezirk Arnsberg und im Vergleich zum gesamten Land Nordrhein-Westfalen zeigt die Übersicht 3, sie ist unterteilt nach einzelnen Sparten vom Sägewerk über die Plattenindustrie bis hin zum Papierwerk, Möbelfabrikation usw.

Eine breite Nutzungspalette ist wichtig, um alle anfallenden Baumarten oder auch einzelne Bäume, komplett und nicht nur Segmente eines Stammes vermarkten zu können.

Nach der Übersicht des LDS waren im Jahr 2000 in Nordrhein-Westfalen 118 Säge-, Hobel- und Imprägnierwerke statistisch erfasst. Meldepflichtig sind nach dem Agrarstatistikgesetz Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten bzw. mehr als 5.000 m³ Einschnitt im Jahr. Mit 49 sind mehr als 40 % der statistisch erfassten Sägewerke des Landes im Regierungsbezirk Arnsberg angesiedelt. Diese beschäftigen im Landesvergleich allerdings nur 23 % des Personals bzw. erwirtschaften nur rd. 25 % des Umsatzes. Man kann hieraus folgern, dass es sich überwiegend um klein- und mittelständisch strukturierte Unternehmen handelt. Im Verhältnis zu den Zahlen früherer Jahre ist die Umsatzentwicklung bei den Sägewerken rückläufig. Die Gründe hierfür sind zum Teil in der schwachen Baukonjunktur, insbesondere im Bereich der Ein- und Zweifamilienhäuser zu sehen.

Im Bereich der Holzwerkstoffindustrie (Spanplatte, Faserplatte), im Bereich des Bau-, Tischler- und Zimmereihandwerks, bei der Verpackungs-, Papier- und Möbelindustrie liegen die Spannen zwischen der Anzahl der Betriebe, der Beschäftigten und des Umsatzes im Vergleich des Regierungsbezirks Arnsberg zum Land Nordrhein-Westfalen eng zusammen, sodass hier günstigere Branchenanalysen möglich wären.

Mit nahezu 40 % am Landesanteil ist übrigens die Regierungsbezirk Detmold der umsatz- und beschäftigungsintensivste Bezirk im Landesvergleich. Dies ist durch einen hohen Anteil der Weiterverarbeitung im Bereich der Platten- und Möbelfabrikation bedingt.

Als Fazit für den Regierungsbezirk Arnsberg ist festzustellen, dass die „Wertschöpfung“ aus Holzprodukten gerade in der ersten Verarbeitungsstufe deutlich hinter den Potenzialen zurückbleibt.

Den „Außenhandel“ Nordrhein-Westfalens für Holz und Holzprodukte im Jahr 2000 zeigt eine weitere Folie

In andere Staaten - Exporte in andere Bundesländer werden statistisch nicht erfasst - gingen im Jahr 2000 z.B. rd. 139.000 t Schnittholz im Wert von 98 Mio. DM. Dem steht ein Import von rd. 586.000 t bzw. 356 Mio. DM gegenüber. Sollte es nicht möglich sein, mehr heimisches Holz zu verarbeiten, zumal nach Ansicht vieler Praktiker die Qualität heimischen Holzes im internationalen Vergleich nicht schlecht bzw. Techniken vorhanden sind, die Hölzer im Verarbeitungsprozess entsprechend aufzuwerten.

Mangels Fertigung im eigenen Land, aber aufgrund einer ausgeprägten Papierproduktion, für die Zellstoff ein wichtiger Rohstoff ist, liegen die Einfuhren mit über 1 Mio. t besonders hoch. Ein weiterer deutlicher Importüberschuss zeigt sich im Holzwarenbereich (z. B. Spielgeräte aus Holz, Bilderrahmen etc.) mit 1,2 Mio. t im Verhältnis zu einem Export von rd. 406.000 t.

Diese Zahlen sollten Anreize für Unternehmer sein, angesichts des großen Verbrauchermarktes und des hohen Rohstoffpotenzials entsprechende Fabrikationsstätten im eigenen Land aufzubauen. Warum muss mittelstarkes Buchenholz nach Dänemark exportiert und als fertiges Parkett zurückkommen oder warum werden Schalungstafeln für den Bau aus Amerika bzw. Kanada importiert?

Mengen- und Umsatzsteigerungen in der Region zu Lasten des Imports sollten möglich sein.

Wie Eingangs erwähnt, werden die forstlichen Wünsche im Anschluss an meinem Beitrag von den Kollegen Herrn von der Goltz und Herrn Holtkämper formuliert.

Die Chancen zur Umsetzung sollten Sie als Regionalrat nutzen. Bei einer einheitlichen Willensbildung und einem eindeutigen Votum aus einer Region erhöhen sich die Chancen zur Umsetzung von Projekten deutlich. Dies gilt auch für die Inanspruchnahme öffentlicher Fördermittel. Zunehmend stehen nicht mehr einzelne Branchen, wie z.B. die Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft, Agrarordnung etc. im Mittelpunkt der Betrachtung, sondern die Erhaltung und Stärkung des ländlichen Raumes insgesamt. Deutlich wird dies an der Umsetzung der EU-Verordnung 1257/99 durch die NRW-Verordnung Ländlicher Raum. Das Umweltministerium hat hier für die Zeitspanne von 2000 bis zum Jahr 2006 annähernd 2,0 Mil-

liarden DM an EU-, Bundes- und Landesmitteln gebündelt, um eine umfassende Förderung zur Stärkung des ländlichen Raumes zu ermöglichen.

Wurden z.B. im forstlichen Bereich in der Vergangenheit nur Einzelmaßnahmen wie Waldkalkung, Laubholzanbau etc. d.h. rein forstliche Maßnahmen gefördert, so setzt sich Frau Ministerin Bärbel Höhn zunehmend auch für die Stärkung und Erweiterung der Absatzwege der Holzprodukte ein. Konkret heißt dies, dass die Landesregierung nicht nur einen verstärkten Anbau von Laubholz propagiert, sondern sich auch bemüht, die Nachfrage nach Forstprodukten zu erhöhen und somit Vermarktungsmöglichkeiten für diese Hölzer aufzuzeigen bzw. die vorhandenen zu erweitern.

Als gutes Beispiel hierfür kann die schon 1998 aufgelegte Holzabsatzförderrichtlinie dienen, wonach Anlagen bzw. vorbereitende Maßnahmen zur energetischen Nutzung von Holz mit bis zu 40 % der Kosten gefördert werden können. Die Ankündigung eines Unternehmens im Holzgewerbepark Fredeburg, hier ganz in der Nähe, ein 20-Megawatt Blockheizkraftwerk errichten zu wollen, zeigt, was sich in der letzten Zeit alles bewegt hat. Frau Ministerin Höhn ist nun sogar noch einen Schritt weiter gegangen und konnte die Doppelzuständigkeit des Umwelt- und des Wirtschaftsministeriums innerhalb der Landesregierung für Holzwirtschaftsfragen zugunsten der alleinigen Zuständigkeit ihres Hauses aufheben. Dieses wurde durch die Einrichtung eines eigenständigen Referates innerhalb des Ministeriums unterstrichen. Zahlreiche Kontakte zu holzbe- und verarbeitenden Unternehmen zeigen, dass sich dieser Weg als richtig erwiesen hat.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend feststellen, dass konkrete umfassende Konzepte eine bessere Position bei der Vergabe öffentlicher Fördermittel bedeuten, als viele Einzelanträge. Herr Kollege Richter von der Staatskanzlei und ich sind gespannt, auf das was kommt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe das Wort an die Herren von der Goltz und Holtkämper.

Herr Forstdirektor von der Goltz, Forstamt Schmalleberg

Sehr geehrter Herr Droege, sehr geehrter Herr Kuschke, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch ich begrüße Sie - als nicht grün gekleideter Förster - herzlich hier in Schmalleberg.

Wir Förster und Waldbesitzer arbeiten seit 200 Jahren still und nachhaltig. Wir haben den Wald in dieser Zeit gemeinsam zu dem gemacht, was ihn heute als Rohstoffpotential für die Wirtschaft und als ökologische Genreserve für den Naturschutz so begehrenswert macht. Ich danke Ihnen ganz herzlich dafür, dass Sie uns mit dieser Veranstaltung die Chance geben, mit unserem Thema einmal aus der Stille des Waldes an die Öffentlichkeit zu treten. Den walddreichen Regierungsbezirk Arnsberg und vielleicht auch ganz Nordrhein-Westfalen würde es gut tun, wenn es uns in den nächsten Jahren gemeinsam gelänge, die an ländlichen Raum gebundenen Branchen im Konsens von Wirtschaft und Naturschutz - wie es Herr Droege vorhin bereits sagte -, zu der aufstrebenden Kompetenzregion Forst und Holz in Nordrhein-Westfalen zu entwickeln. Hierzu bedarf es branchenübergreifender Anstrengungen. Einige Ideen für gemeinsames Agieren - idealerweise für die Entwicklung eines aktiven Clusters - möchte ich Ihnen im Folgenden aufzeigen.

Unter Cluster versteht man ein Netzwerk miteinander kooperierender Betriebe und Institutionen, deren Produkte oder Leistungen zu irgendeinem Zeitpunkt in die Wertschöpfungskette, in unserem Fall Holz, einfließen. Die bisherige regionale Situation in der Forst- und Holzwirtschaft ist allerdings geprägt mehr von einem Nebeneinander der Branchen und einem Nebeneinander auch innerhalb der Branchen. Ein echtes Miteinander, etwa zur Rationalisierung von Produktionsabläufen für zukunftsweisende Investitionen, zur Schließung neuer regionaler oder globaler Märkte, findet kaum statt.

Selbst so intensiv aufeinander angewiesene Branchen wie die Forstwirtschaft und die Sägeindustrie tigern argwöhnisch umeinander herum, anstatt konkrete Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Wirtschaftlichkeit verbindlich zu vereinbaren. Ziel ist es daher, die insbesondere in den hochbewaldeten Teilen des Regierungsbezirks Arnsberg zahlreich vorhandenen Segmente der Wertschöpfungskette Holz mit externer Moderation zu einem Cluster zusammenzuführen. Cluster sind keine Worthülsen mit denen man etwas Bestehendes modern verpackt, ohne dass sich substantiell etwas

ändern würde. Cluster sind gelenkte Prozesse, die aktives Mitmachen der Partner erfordern. Um bei dem eben erwähnten Beispiel zu bleiben: Die Forstwirtschaft muss es im Rahmen umweltverträglicher Waldpflege organisieren, Holz zu dem von der Holzwirtschaft gewünschten Zeitpunkt in der erforderlichen Menge und Qualität anzubieten. Die Holzwirtschaft muss ihrerseits bereit sein, sich bezüglich ihres Bedarfs mittelfristig vertraglich festzulegen und zusätzliche Leistungen der Forstwirtschaft angemessen zu honorieren. Beides passiert bis heute mehr oder weniger nach dem Prinzip Zufall.

Die hochbewaldeten Teile des Regierungsbezirks Arnsberg bieten beste Voraussetzungen in Nordrhein-Westfalen für die Entwicklung eines erfolgreichen Holz- und Forst-Clusters. Zahlreiche Knoten des Netzwerkes sind vorhanden, sie müssen nur miteinander verbunden werden. Das Sauer- und Siegerland ist mit etwa 50 % Holzaufkommen **die** Rohstoffregion Nordrhein-Westfalens. Wir sind **das** Zentrum nordrhein-westfälischer Nadelholzsägewerke. Hier befindet sich bundesweit nachgefragtes Holzhandwerk, z.B. Sorpetaler Fensterbau oder zahlreiche Zimmereibetriebe, die bundesweit tatsächlich Kompetenz in Sachen Umgang mit Holz dokumentieren. Wir haben leistungsfähige Holzwerkstoff- und Papierindustrie, die als eine der wenigen Branchen in der Holzwirtschaft für internationalen Anschluss sorgt. Mittelständische flexible Logistikunternehmen sorgen für zuverlässigen und zeitnahen Warenaustausch unter besonderer Berücksichtigung des Prinzips der kurzen Wege. Mit dem Holzenergiezentrum Olsberg und dem geplanten 20 Megawatt-Biomasse-Heizkraftwerk im Holzgewerbepark hier in Schmallenberg, sind wir Vorreiter für energetische Holznutzung. Das Fraunhofer-Institut Graftschaft, die Waldarbeiterschule in Neheim-Hüsten oder die Forstgenbank in Arnsberg und andere Institutionen und Fachhochschulen bieten Ansätze für Wissenschaft und Schulung. Nur, wir haben Alle nichts miteinander zu tun, Jeder arbeitet mehr oder weniger für sich selbst und wundert sich, dass woanders das Gleiche getan wird oder Alle wundern sich, dass Nichts getan wird.

Man müsste quasi die Branchen, die ich eben erwähnt habe in einem kleinen Spinnennetz zusammenfügen. Denn dieser Clusterprozess funktioniert nur, wenn er von einer, wie auch immer gearteten, Institution angestoßen, gelenkt und ausgewogen in den Aktionen begleitet wird.

Cluster-Forst-Holz heißt nicht, dass er beschränkt ist auf Betriebe der Forst- und Holzwirtschaft, sondern Zulieferer, der Tourismus - der hier eine nicht unerhebliche Rolle spielt -, die Landwirtschaft, die Logistik, nachwachsende Rohstoffe, energetische Nutzungen, das sind alles Bereiche, die angedockt werden können, um einen solchen Cluster in der Region erfolgreich werden zu lassen.

Was ist zu tun? Als kleiner Motivationsschub in Richtung Bezirksregierung gestatten Sie mir ein Zitat aus dem Cluster Oberösterreich: "Das Cluster-Team setzt sich aus Mitarbeitern der oberösterreichischen Technologie- und Marketing-Gesellschaft m.b.H. und Vertretern der Wirtschaftskammer Oberösterreich zusammen. Die Finanzierung der Holz-Cluster-Aktivitäten erfolgt durch das Land Oberösterreich. "

Es ist eine Lenkungsgruppe einzusetzen, die den Clusterprozess kreativ, kompetent, zielorientiert und unabhängig steuert. Der Förderverein Forst- und Holz e.V. in Schmallenberg bietet hierfür ganz gute Voraussetzungen. Seine Mitglieder repräsentieren nahezu sämtliche Forst- und Holzbranchen der Region. Außerdem hat er über den Fachberater Holz beste Kontakte zur Arbeitsgemeinschaft Holz in Düsseldorf, zum Holzabsatzfonds in Bonn und zu anderen Einrichtungen rund um das Thema Forst- und Holzwirtschaft.

Um die Aufgabe der Lenkungsgruppe wahrnehmen zu können, müsste er personell verstärkt werden, um Fachleute aus den Bereichen Forstwirtschaft und Organisation, Holzwirtschaft und Handel und Marketing. Das Holz- und Touristikzentrum Schmallenberg, in dem der Förderverein, das Forstamt und der Fachberater Holz bereits ihren Arbeitsplatz haben, könnte als zentrale Steuerungsstelle zu **dem** Kompetenzzentrum Forst und Holz ausgebaut werden.

Diese Lenkungsgruppe sollte zunächst folgende Schwerpunktaufgaben helfen, erfolgreich zu entwickeln bzw. weiterzuentwickeln:

1. Weiterentwicklung des Themenbereiches energetischer Holznutzung zu einem vorbildlichen Verbundprojekt von Wissenschaft und Schulung, Technik, Produktherstellung und Produktvertrieb.

2. Optimierung der Wertschöpfungspotentiale in der Holzbearbeitung. Herr Püttmann erwähnte, dass wir in dieser Region die Chancen, die wir haben durch viel Holz, durch viel Technologie, durch viele Werke, bei weitem nicht ausnutzen - also Optimierung der Wertschöpfungspotentiale in der Holzbearbeitung durch Entwicklung und Einführungen neuer Holzprodukte und Einrichtungen entsprechender Produktionsverfahren. Insbesondere im Nadelholzsektor muss die heimische Sägeindustrie ihre Produktion rasch an den Forderungen des Marktes orientieren. Da ist ein imenser Nachholbedarf. Der Förderverein Forst und Holz hat gerade einen entsprechenden Fachmann als Manager dieses Prozesses eingestellt.
3. Die Kooperation von Forstwirtschaft und Holzwirtschaft muss unter Einbeziehung der Logistik branchenübergreifend verbessert werden.
4. Ein gemeinsamer Marktauftritt und der Aufbau eines internen Informations- und Kommunikationssystem erhöhen die wirtschaftlichen Erfolgchancen beträchtlich.
5. Die Bezirksregierung sollte das Sauer- und Siegerland als **die** Kompetenzregion Forst und Holz in Nordrhein-Westfalen ausweisen und die Cluster-Prozesse in dieser Region durch ein spezielles Förderprogramm und Ausweisung von Ansiedlungsschwerpunkten, wie z.B. Holzgewerbeparks, unterstützen.

Ich komme nun zum Schluss. Wenn man nördlich der Mainlinie über unseren ökologischen und nachhaltig erzeugbaren Rohstoff Holz spricht, muss man über das Sauer- und Siegerland sprechen. Der neidvolle Blick nach Rosenheim hilft uns hier in der Region wenig. Rosenheim ist **das** Aushängeschild für Forst und Holz südlich der Mainlinie. Warum packen wir das nicht selber? Wir haben den Rohstoff Holz, wir haben rohstoffnahe Veredelung und wir haben aufnahmefähige Absatzmärkte im Ruhrgebiet und im Raum Frankfurt vor der Haustüre. Wir sitzen wie die Made im Speck. Wir sind wer, wir müssen die vorhandenen Ansätze nur gemeinsam verbinden.

Wir müssen uns und unser Produkt entwickeln und selbstbewusst verkaufen. Ihre heutige Regionalratssitzung kann, wenn Sie es möchten, ein guter Beginn für HoFoC - den Holz- und Forstcluster Sauer-/Siegerland sein. Entwicklungen und Erfolg brauchen Visionäre.

Sehr geehrter Herr Kuschke, lassen Sie uns gleich einen Termin vereinbaren. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Forstdirektor Holtkämper, Forstamt Olsberg

Herr Vorsitzender, Herr Regierungspräsident, meine Damen und Herren, ich freue mich auch, über ein Thema sprechen zu können, was ja sehr lange Zeit stiefmütterlich behandelt wurde. Das sind die regenerativen Energien, und das ist hier im Sauerland natürlich das Holz, das, wie wir schon gehört haben, in größeren Mengen vorkommt.

Holz als Brennstoff wurde nach dem Kriege intensiv genutzt und ist dann über 40 Jahre in Vergessenheit geraten, weil es ja andere fossile Brennstoffe gab und auch noch gibt, die man besser verbrennen konnte, die komfortabler waren. Heute freue ich mich, dass seit 5,6,7 Jahren die Zukunftsenergien und die regenerativen Energien ins Gespräch gekommen sind. Ich werde gleich darauf kommen, warum das so ist, ich denke, dass wir hier sehr gute Potentiale haben und ich versuche, diese aufzuzeigen.

Zunächst werden wir uns mit den Rahmenbedingungen für den Einsatz regenerativer Energien beschäftigen. Wir sind mittlerweile aus der Diskussionsphase heraus, es wurde lange Zeit darüber geredet, heute haben wir Gesetze vorliegen.

Auf die Frage, ob wir genug Holz in der Region haben, versuchen wir eine Antwort zu finden und dann geht es letztlich darum, welche Einzelprojekte müssen wir machen, was für Strukturen müssen wir schaffen, muss etwas an der Aus- und Fortbildung getan werden, um für diese Region zu einem guten Ergebnis zu kommen?

Zunächst zu den Rahmenbedingungen.:Wir verbrauchen z.Zt. 500 000 mal schneller unsere fossilen Energien wie sie nachwachsen. Und die fossilen Energien gehen zu Ende - wir wissen, dass das 2050/2060 sein wird, es geht sehr, sehr schnell voran.

Wussten Sie schon, dass die Sonne jeden Tag 15 000 mal mehr Energie auf die Erde schickt, wie wir benötigen? Wir haben dort ganz erhebliche Möglichkeiten und ich denke, wir müssen versuchen, die regenerativen Energien vermehrt zu nutzen.

Wie sieht es denn z.Zt. aus, wo steht Deutschland? Eine EU-weite Übersicht von 1995 zeigt, dass Deutschland dort nicht sehr gut dasteht.

Vorne ist Schweden, vorne ist Österreich mit 25 bzw. 24 %, Deutschland hatte 1995 nur einen erneuerbaren Anteil an der Primärenergie von 1,3 %. Das ist jetzt ein bisschen mehr geworden, wenn ich an die Windkraft denke. Von diesen 1,3 % macht Holz weniger als 10 % aus, d.h. wir sind ganz, ganz weit hinten, wir haben einen Nachholbedarf. Wir wissen, dass wir bis 2010 die regenerativen Energien europaweit verdoppeln wollen. Ich will hiermit deutlich machen, hier haben wir ein ganz erhebliches Volumen und das gilt für NRW als bevölkerungsstarkes Land umso mehr.

Ich möchte nicht sämtliche Shell-Studien auflegen, die Ihnen sicherlich in irgendeiner Weise bekannt sind, ich möchte nur ganz kurz auf die Klimaproblematik zu sprechen kommen. Es sieht ganz einfach so aus, dass wir seit etwa 30 Jahren eine erhebliche Erwärmung feststellen können. Wenn man diese Entwicklung sieht und wenn das ein Börsenkurs wäre, dann wäre das eine Aktie, die man auf jeden Fall kaufen könnte. Wenn man die Shell-Studie weiter verfolgt, wird sich die Erdatmosphäre bis 2050 von 1,5 bis 3,5 Grad aufwärmen, mittlerweile gibt es neue Studien - nicht von Shell -, die gehen von bis zu 5,6 Grad aus.

Bis 2050 liegen Untersuchungen vor, die sagen, dass der Meeresspiegel um 0,80 m bis 2,60 m höher sein könnte. Wichtig ist, wir müssen hier wirklich etwas tun und versuchen, entsprechend gegenzulenken. Eine zentrale Aussage möchte ich hier noch machen. Es ist nicht die Reduktion der fossilen Reserven, die uns Probleme machen wird; es ist das Erdklima, das sich ändert und das dazu führt, dass wir uns verstärkt mit einem Einsatz von regenerativen Energien beschäftigen müssen. Das ist eine ganz wichtige Aussage und eine Motivation für uns, hier weiter zu arbeiten.

Ich werde nun etwas konkreter, indem ich die Frage beantworte, ob durch regenerative Energien Arbeitsplätze entstehen oder ob es vielleicht weniger werden. Ich habe mir erlaubt zusammenzustellen, wie in Dänemark die Entwicklung gelaufen ist. Dort hat man schon früher eine Energiewende eingeleitet. Dort ist das Heizöl seit Anfang der 90er Jahre teuer geworden, ähnlich wie in Schweden. Ich habe versucht, das Ganze auf unser Land hochzurechnen. Ich will nur damit deutlich machen, dass wir Entwicklungspotential haben. In Dänemark sind seit 1953 50 000 Arbeitsplätze entstanden. Gleichzeitig sind 5 000 Arbeitsplätze dadurch verloren gegangen, dass Ölhändler und ähnliche Branchen ihre Arbeit verloren haben, d.h. dass durch regenerative Energien per Saldo Arbeitsplätze geschaffen werden können. Das ist eine

ganz wichtige Aussage. Ähnlich sieht es in Oberösterreich aus. Dort wohnen 1,4 Mill. Menschen, in den letzten 4 Jahren sind 5 000 Arbeitsplätze im Bereich Biomasse geschaffen worden. Das ist auch eine ganz beachtliche Zahl. Hochgerechnet für die BRD wären das 800 000 Arbeitsplätze in den nächsten 10 Jahren, für NRW 150 000 Arbeitsplätze, und das würde hoch gerechnet für den Regierungsbezirk Arnsberg bedeuten 20- bis 30 000 Arbeitsplätze im Bereich regenerative Energien. Das sind keine konkreten Zahlen, die genau hinterfragt werden können; ich will damit nur sagen, wir haben hier ein ganz erhebliches Potential, wir müssen das Ganze nur anpacken.

Kommen wir jetzt zum Holz. Ich bin ein alter Holzverkäufer und habe über Jahre festgestellt, dass die Industrieholzpreise sehr niedrig waren. Heute stehen wir vor einer besseren Entwicklung für unser Holz. Wir haben mittlerweile sehr gute Techniken im Bereich der Verbrennung. Wir haben das mittlerweile in Kraft getretene EEG für die Verstromung. Die Biomasseverordnung ist zwischenzeitlich verabschiedet worden. Es darf nur Holz verstromt werden, das kein PCB und Quecksilber enthält. Wir haben hohe Ölpreise und ich denke, dass die nicht noch einmal auf ein sehr tiefes Niveau herunter gehen, so dass die Chancen für Holz sehr gut stehen. Herr Püttmann hat schon gesagt, es gibt Fördermittel und von der Kreditanstalt für Wiederaufbau Marktanzreizprogramme. Es gibt die Holzabsatzförderungsrichtlinie, die Förderungssätze zwischen 35 und 40 % vorsieht. Diese Regelung gibt es sonst in den alten Bundesländern nicht und bedeutet für uns eine "Super-Förderung", um die Sache in Gang bringen zu können. Ich kann nur sagen, dass z.B. durch Hackschnitzelheizungen die Sache in den letzten Monaten in Bewegung gekommen ist. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Politik gute Voraussetzungen geschaffen hat.

Häufig wird die Frage gestellt, ob genug Holz auf Dauer vorhanden ist. Zunächst stelle ich fest, es gibt unterschiedliches Holz, Waldholz, wie es im Walde wächst, Restholz, von der Sägeindustrie verarbeitet in Form von Hackschnitzel und anderen Dingen, Gebrauchtholz und, was nicht zu unterschätzen ist, Straßenbegleitgrün.

Restholz fällt hier im Sauerland ungefähr in einer Größenordnung von 1 Mill. Festmeter bei der Sägeindustrie an, in NRW werden es etwa 1,5 bis 1,6 Mill. Festmeter sein.

Wir haben jährlich auch etwa 2 Mill. Festmeter Gebrauchtholz, konkrete Zahlen liegen noch nicht vor. Wir haben ferner Straßenbegleitgrün, es fallen pro km Straße etwa 5 Festmeter an, in NRW dürfte es eine Größenordnung von 300 000 bis 400 000 Festmetern sein.

Zum Energieholzvolumen im Walde liegen feste Zahlen vor. Im Rahmen der Landesinventur ist zusammen gestellt worden, dass wir ungenutztes Energieholzvolumen in NRW von 1,3 Mill. Festmeter haben. Hauptsächlich handelt es sich um Laubholz, so dass ein ganz erheblicher Teil dieses Holzes genutzt werden kann. Die Zahlen für den Regierungsbezirk belegen ein Gesamtenergieholzpotential in einer Größenordnung von 600 000 bis 700 000 Vorratsfestmeter - mit Rinde berechnet. Im Regierungsbezirk Arnsberg gibt es also noch ein zusätzlich nutzbares Volumen, welches den entsprechenden Heizanlagen zur Verfügung gestellt werden könnte.

Wenn alles zusammengerechnet wird, ergibt sich ein Gesamtholzpotential in NRW in Höhe von ca. 5 Mill. Festmetern, das zusätzlich nachhaltig genutzt werden könnte.

Dieses Potential ist nutzbar in Einfamilienhäusern, kommunalen Heizkraftwerken oder in Holzkraftwerken. Es könnten 500 000 Häuser, in NRW mit diesem Holzvolumen geheizt werden - was natürlich unrealistisch ist. Bei den Heizwerken wären es 4 000 Anlagen in NRW - 1600 im Regierungsbezirk Arnsberg, so dass die Ausstattung aller Gemeinden des Bezirks damit gewährleistet wäre. 20 Kraftwerke könnten in NRW, davon 8 im Regierungsbezirk errichtet werden. Auch bei diesen Zahlen handelt es sich nur um eine Potentialerhebung, denn es kann natürlich nicht alles Holz in diese Bereiche gehen.

Meine Damen und Herren, mittlerweile haben wir in unserem Bereich Pilot-Projekte geschaffen. Wir haben einige gute Ansätze, wie Sie der vorliegenden Aufstellung entnehmen können. Ich nenne hier zunächst das Biomasseheizwerk Suttrop, ferner den Holzgewerbepark Fredeburg, aber es gibt nicht nur Projekte zur wirtschaftlichen Nutzung. Es muss auch über Öffentlichkeitsarbeit nachgedacht werden, über Strukturen wie das Holzenergiezentrum und nicht zuletzt darf die Holzverarbeitende Industrie nicht vergessen werden. Große Firmen werden heutzutage danach untersucht, welche Energiebilanzen sie vorlegen und das bringt sie dazu, so etwas wie

Biomasseverbrennung in ihr Konzept mit einzubeziehen. Die Entwicklung hat im Grunde schon eingesetzt und erfreulicherweise wird das Material auch auf dem Markt schon etwas knapper. Wir bringen auch nicht mehr so viel CO₂ in die Luft.

Ein konkretes Projekt ist das Holzenergiezentrum Olsberg. In solchen Fällen müssen auch Strukturen überdacht werden, d.h. es wird in diesem Fall eine GmbH gegründet. Hieran sind beteiligt die Forstwirtschaft, die Waldbesitzer, und die Sägewerke, die Kommune als Leitfigur und das Handwerk, diejenigen, die Heizungen einbauen können, die Ingenieurleistungen bringen können. Ich kann nur sagen, das funktioniert z.Zt. recht gut.

Wir können und müssen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit etwas tun. Noch vor 5 Jahren dachte ich, im Sauerland wüßte jeder präzise über Verbrennung von Holz Bescheid, aber das war ein Irrtum. Wir haben Heizholztage durchgeführt, wir haben mittlerweile eine umfassende Umweltmesse gestaltet und ich kann nur sagen, die Nachfrage nach Informationen ist sehr groß. Hier müssen wir ganz intensiv weiterarbeiten, um die Biomasse, die regenerativen Energien, in die Öffentlichkeit, in die Gesellschaft noch weiter hineinzutragen, denn z.Zt. ist es immer noch eine Randgruppe.

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen zum Thema "Aus- und Fortbildung". Auch in diesem Bereich müssen wir etwas tun. Es ist nichts schlechter als hervorragende Technik zu haben, aber beim Einbau oder bei der Wartung bringen die Leute noch nicht das erforderliche Wissen mit. Im Bereich Energie/Energietechniker gibt es in der Ausbildung noch einiges zu tun, das sollten wir anpacken. Wir haben vor, in Olsberg ein Informations- und Schulungszentrum für Beratung, Führung und für Lehrgänge auch für Firmen, aufzubauen. Das ist z.B. ein Ansatzpunkt, wo noch viel zu tun ist. Ich hoffe, dass wir dieses Zentrum im Laufe eines Jahres in Gang bringen können. Hier schließt sich nun der Kreis. Herr von der Goltz hat über Clusterbildung gesprochen, wir müssen in Netzwerken zusammenarbeiten.

Ich habe so ein Netzwerk aufgeführt, das Sauerland ist eine Technologie- und Wirtschaftsregion, die Forst- und Holzwirtschaft ist immer nur ein kleiner Baustein, aber Bausteine müssen sich im Rahmen von Netzwerken zusammenfügen, hier z.B. das Holznetzwerk oder das Ökoenergienetzwerk, wie es in Oberösterreich existiert. Auch

in anderen Bereichen z.Zt. in Nordhessen wird sehr stark im Regionalmanagement an solchen Konzepten gearbeitet.

Auch wir sollten in diesem Bereich tätig werden. Wir haben ein hohes Potential an Holz, und es fehlt auch nicht an der Motivation. Wir uns zusammen tun und zusammen arbeiten, werden wir sehr gute Ergebnisse erreichen.

Danke schön, meine Damen meine Herren.

Sitzung des Regionalrates am 07.06.2001 in Schmalleberg

Diskussionsbeiträge zum Schwerpunktthema "Forst- und Holzwirtschaft – Chancen für eine nachhaltige Regionalentwicklung im Regierungsbezirk Arnsberg"

Herr Droege, CDU, Vorsitzender

Einen herzlichen Dank richte ich an unsere 3 Referenten. Ich denke, es ist deutlich geworden, dass viel Begeisterung und viel Werbung für den Faktor Holz weitergegeben werden soll, so dass die Behandlung und Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt heute fast zu einer Werbeveranstaltung für Holz werden könnte. Viele Gesichtspunkte sind angesprochen worden, vom globalen Ansatzpunkt des globalen Denkens und des lokalen Handelns, Dinge die sicherlich in der stattfindenden Diskussion eine Rolle spielen werden.

Herr Riebniger, CDU

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich diese Initiative für die Forst- und Holzwirtschaft. Es ist ja wahrscheinlich auch kein Zufall, dass wir heute hier in Schmalleberg tagen, sozusagen im Zentrum des Waldgebiets von NRW und damit auch des Regierungsbezirks. Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass ungeheuer viel Potential hier vorhanden ist und dass es darauf ankommt, dieses in die richtige Bahn zu lenken und zu bündeln, um es noch erfolgreicher wirksam werden zu lassen.

Bei aller Aufgeschlossenheit für neue Gewerbe- und Industriezweige hat Regionalpolitik sicherlich vorrangig die Aufgabe, vorhandene Stärken auszubauen. Ich sage es mal ganz vereinfacht, da, wo das Holz wächst, soll es nicht nur geerntet sondern auch weiter veredelt, bearbeitet und vermarktet werden. Es ist auch deutlich geworden, dass es nicht alleine auf die Menge des Holzes ankommt, sondern auch darauf, was aus diesem Holz alles gemacht werden kann. Hier gibt es noch ein weites Betätigungsfeld und die Anregung, der Wunsch nach einem Kompetenzzentrum, das alle diese Möglichkeiten auch technisch, fachlich und wissenschaftlich begleitet, ist sicherlich der richtige Weg, um hier entscheidende Fortschritte zu erzielen.

Ich möchte deshalb mein Augenmerk noch einmal auf den Gesichtspunkt richten, der in der Begründung der Vorlage an 2 Stellen vorkommt und der als ausbaufähig und

förderungsfähig bezeichnet worden ist. Auf Seite 5 heißt es einmal: "Die Ansiedlung von forst- und holzwissenschaftlichen Institutionen im walddreichsten Regierungsbezirk Nordrhein-Westfalens würde diese beiden Branchen auf dem Wege in eine erfolgreiche Zukunft unterstützen". Auf Seite 13 ist zu lesen: "Forschungseinrichtungen "Holz" gibt es bisher in der Holzregion Regierungsbezirk Arnsberg nicht."

Nun fallen unsere Beratungen zeitlich genau zusammen mit der Neuordnung der Hochschullandschaft in NRW, und ich denke, dass hier sehr gut eine Verbindung herzustellen ist. Denn das, was sich entweder schon entschieden hat oder klar abzeichnet, nämlich eine Fachhochschule Süd-Westfalen, die einen weiten Bereich dieser Holzregion abdecken wird und eine sehr starke Unterstützung durch die Wirtschaft erfahren hat, bietet sich geradezu an, dass man den eben zitierten Part mit dem Aufbau der Fachhochschule verbindet, zumal sich Ansatzpunkte ergeben, wenn es eine Anknüpfung z.B. an die Agrarwirtschaft oder aber auch an andere vorhandene Fachbereiche der dann zusammengeführten und neu gegründeten Fachhochschule gibt.

Ich glaube, es sollte mit aufgenommen werden, dass eine Zusammenarbeit hier nicht nur wünschenswert sondern auch erforderlich ist und dass bei den einzelnen Fachrichtungen, die diese Fachhochschule dann haben wird, die Forst- und Holzwirtschaft und eine wissenschaftliche Begleitung ein wesentlicher Schwerpunkt sein sollte. Ich glaube, das könnte man gut in die Bildung eines Kompetenzzentrums mit einbinden, zumal dann auch andere Mittel als die der Regionalen Wirtschaftsförderung fließen könnten. Ich habe eben beim Stichwort Bündelung von Fördermitteln sehr aufmerksam zugehört. Ich glaube, es ist ein ganz wichtiger Punkt, dass aus allen Bereichen, egal, ob aus Wirtschaft, Verwaltung oder Politik hier auch die Wissenschaft, die Forschung und die Lehre eng mit eingebunden werden und uns ein ganzes Stück weiterhelfen kann.

Herr Ostendorff, Bündnis 90/Die Grünen

Als jemand, der viel mit Holz umgeht und baut - ich habe gerade eine große Maschinenhalle gebaut - muss ich einiges hierzu sagen. Als Baumaterial wollte ich natürlich Sauerländer Holz einsetzen. Nach vielen Schwierigkeiten bekam ich von den Sägewerken Holz geliefert, was so viel Wasser enthielt, das es kaum zu bewegen war. Es hatte keinen Tag gelagert, und das machte gewichtsmäßig große Probleme, weil es

dem, was die Statik vorgab, nicht entsprach. Weiterhin brauchte ich Leimhölzer. Diese Leimhölzer weiß ich seit Jahren hier nicht zu beziehen. Die kommen aus Dänemark. Alle großen Holzhändler im Ruhrgebiet arbeiten mit dänischen Nadelhölzern.

Meine Schwester ist im Bereich Fertigung und Vertrieb von Holzhäusern tätig. Sie bemüht sich seit Jahren, Holzhäuser, auch deutsche Holzhäuser einzusetzen, die wettbewerbsfähig sind, aber es laufen nach wie vor nur die schwedischen Holzhäuser, denn die sind wettbewerbsfähig im Vergleich zu dem, was wir heute im Ruhrgebiet finden, nämlich Ytong-Stein-Häuser für, sag ich mal, 300 000 DM. Wenn Sie in diesem Niedrigpreis-Segment mithalten wollen, kommen Sie an schwedischen Holzhäusern nicht vorbei. Das hat natürlich auch was mit Leistungsfähigkeit zu tun. Die Schweden bauen das Haus rund um die Uhr, bis es steht, Samstag-Sonntag-Feiertag. Das ist natürlich für uns, die wir gewerkschaftlich orientiert sind, nicht denkbar, aber dort wird so gearbeitet.

Wie Sie wissen, bin ich Landwirt. Ich sehe die Holzhackschnitzel-Aktivitäten bei der Landwirtschaftskammer, bei Haus Düsse angesiedelt. Ich sehe Kompetenz hier im Forstzentrum in Schmallenberg, ich sehe einen Oberförster im Ministerium, ich frage mich, wie eine Bündelung möglich ist, wer bündeln wird. Hierauf würde ich gerne eine Antwort haben. Nicht, das wir uns in 2 Jahren wieder fragen, wer hat es denn nun gebündelt, sondern es ist mir wichtig, es jetzt klar zu haben, wo nun das von Herrn von der Goltz angesprochene Netzwerk gebündelt wird. Ich denke, es reicht nicht – wie angesprochen – aus, wenn dieses durch die Bezirksregierung erfolgt. Meiner Meinung nach kommen wir am Ministerium nicht vorbei, denn wenn die Kammer überhaupt auf irgendwen hört, dann auf das Ministerium.

Herr Schneider, SPD

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Regierungspräsident, ich möchte mich als erstes bei den Rednern für die guten Vorträge bedanken.

Wir haben in dem Rahmen der lokalen Agenda-Prozesse immer zwei Begriffe, die auch heute zum Tragen kamen, das eine ist der Begriff der Nachhaltigkeit und zum anderen der Begriff des "globalen Denken - lokalen Handelns". Alle sprechen davon, doch wie wird es umgesetzt?

Ich bin davon überzeugt, dass wir zu einer besseren Welt für unsere nachfolgenden Generationen beitragen, wenn es uns gelingt, die in dem Papier von Ihnen dargestellten Anfänge und gewünschten Entwicklungen erfolgreich zu begleiten, d.h. das, was Herr Ostendorff angesprochen hat, konkret zu machen. Denn es wird nur dann wirklich besser, wenn wir diese Nachhaltigkeit leben und nicht nur davon reden.

Wenn wir aber heute feststellen, dass die Vorräte an Öl nur 5 – 8 Jahre, an Gas nur 12 Jahre reichen würden, wenn die nicht soweit entwickelten Länder den gleichen pro Kopfverbrauch an Energie hätten wie Deutschland und die USA, sehen wir die Endlichkeit der versiegenden Brennstoffe. Auch wenn man Schwankungen einrechnet, ist keine große Reserve mehr da, es sei denn, es kann mit hohem Aufwand gefördert werden. Um so wichtiger ist es jetzt für uns alle, die Bedeutung der nachwachsenden Rohstoffe für unsere Energieversorgung in den Blickwinkel zu nehmen.

Anhand von zwei Beispielen aus der Rede von Herrn Dr. Justinger anlässlich der Vorstellung des Impulspapiers Hellweg-Sauerland möchte ich versuchen, die Bedeutung einer Umwandlung für die Region deutlich zu machen. Wenn wir jetzt 200 000 t Heizöl durch 1 Mill. t Holz ersetzen, würde das logischerweise erst einmal teurer, aber das Geld für die Anlagen und die Installation all dieser Dinge bleiben in der Region. Durch das Holzenergiesystem würden umgerechnet 840 Arbeitsplätze mehr geschaffen als durch das Heizöl verdrängt würden. Wir haben in Bayern das Modell Rosenheim, wo regionale Holzheizwerke entstanden sind. Diese zeigen eine hohe regionale Wertschöpfung. Dahin müssen wir kommen, dass das Geld in der Region bleibt.

Ein weiteres Beispiel: Wenn eine Ölheizung durch eine Holzfeuerung ersetzt wird, ist die Anschaffung doppelt so teuer, aber wenn sich der Heizölpreis bei 92 Pf einpendelt und Holzpellets verfeuert werden, rechnet es sich plus/minus Null. Ein weiterer Vorteil ist, dass wir auch hier wieder das heimische Handwerk durch die Installationsarbeiten unterstützen. Das Geld aus dem Verkauf der Holzpellets bleibt in der Region, und die Gefahr für die Umwelt durch z.B. Schiffshavarien wird gemindert, wenn der Rohstoff Holz in den Vordergrund gestellt und als nachhaltige Entwicklung begrüßt wird.

Wir werden als SPD-Fraktion ausdrücklich die 3 Punkte in der Sitzungsvorlage unterstützen und die Entwicklung hin zu einem Netzwerk zu fördern.

Nun komme ich noch einmal zur Bündelung. Die Aussage von Herrn Püttmann im Hinblick auf zukünftige Anträge, hat mich sehr überrascht. Bisher habe ich die Aufgabe als Regionalrat so verstanden, dass wir in Zukunft Prioritäten festsetzen und die Landesregierung das nicht nur einfach prüft sondern auch uns gegenüber begründen muss, ob sie nun genehmigt oder nicht. Ich meine, hier kommt noch eine Diskussion auf uns zu.

Wir tagen heute noch - von den Beschlüssen her – wie der alte Bezirksplanungsrat. Aber wir werden zukünftig als neuer Regionalrat tagen und dann auch dieses, was wir hier mit Worten wohlfeil kundtun, auch umsetzen müssen. Der Weg hin zu einem Netzwerk Holz wird geprüft und von uns voll und ganz unterstützt. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Bezirksregierung und die Fraktionen an einem Strang ziehen, um die regionale Entwicklung zu stärken und auch weiterhin positiv zu begleiten. Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

Herr Krebsbach, CDU

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, lassen Sie mich nach den allgemeinen Betrachtungen auf die Vorlage des Regionalrates zurückkommen. Ich möchte einiges kurz anmerken. Zunächst sind auf Seite 3 Strukturdaten wieder gegeben worden, die einen Stellenwert besonderer Art haben. Lassen Sie mich nur beiläufig sagen, auch im Kreis Soest gibt es noch Wald, insbesondere in Warstein und im Raum Rüthen. Hier gibt es einen großen Stellenwert für das Holz und eine beträchtliche Einnahmequelle für die Gemeinden, so dass der Kreis Soest auch sicherlich einen gewissen Stellenwert in der Forstwirtschaft hat.

Ich komme zur Seite 6, wo es um die Warburger Vereinbarung geht. Ich wäre bald vom Stuhl gefallen, als ich vor einigen Tagen hörte, dass in NRW eine Landes-Waldinventur gemacht wurde und als Ergebnis dieser Inventur herauskam, dass es in NRW mehr Laubholz als Nadelholz gibt. Das war für mich völlig neu und das ist sicherlich das Resultat eines hervorragenden Förderprogrammes, welches in NRW gelaufen ist. Wenn man jetzt, bei weiterer Förderung, die Warburger Vereinbarung anführt, so möchte ich sagen, dass dies Geld aber auch aus Naturschutzmittel kom-

men muss und nicht aus dem forstlichen Förderprogramm. Denn diese forstlichen Förderprogramme sehe ich in erster Linie dafür, dass es zur Holzerzeugung nämlich zur Aufforstung kommt, ich will ja Holz produzieren. Das muss weiterhin gegeben sein. Es liegt mir viel daran, dass die forstlichen Förderprogramme laufen und so etwas wie die Warburger Vereinbarung aus Naturschutzmittel finanziert wird.

Ich möchte ergänzen, dass auf Seite 13 unter 3.4 weitere infrastrukturelle Vorhaben aufgeführt sind. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich sagen, dass wir in Haus Düsse ein Zentrum für nachwachsende Rohstoffe haben, das sicherlich auch an dieser Stelle aufgeführt werden müsste. Ferner haben wir ein Landschaftsinformationszentrum Wald und Wasser, kurz gesagt LIZ, in Möhnesee-Günne, was sicherlich auch in diesen Bereich mit einzubeziehen ist. Ich wäre dankbar, wenn das nachgeholt würde. Danke schön

Herr Kämpfer, Vertreter des Kreises Siegen-Wittgenstein

Als Vertreter des walddreichsten Kreises der Bundesrepublik kann ich natürlich nur raten, dieser Vorlage zuzustimmen. Wir hätten es gut gefunden, wenn wir im Vorfeld der Erstellung der Vorlage mit eingebunden gewesen wären, denn dann wäre die Liste der vorhandenen Projekte im Regierungsbezirk noch ein Stück länger geworden. Ich möchte allerdings anmerken, dass wir in Siegen eine Universität haben, und wenn wir überlegen, wo die günstigsten Möglichkeiten sind, Forschungen und Entwicklungen in diesem Bereich einzubinden, ist sicherlich auch die Siegener Universitäten mit einzubeziehen, um zu schauen, welche Voraussetzungen dort gegeben sind und was dort vielleicht auch installiert werden kann.

Abschließend habe ich noch eine Bitte. Es ist heute deutlich geworden, dass die Waldregion Sauerland/Siegerland-Wittgenstein **eine** Region ist, die wirtschaftlich auch zusammenhängt. Aus diesem Grunde denke ich, dass sich die Zusammensetzung der Lenkungsgruppe auch entsprechend auf Vertretern des Kreises Siegen-Wittgenstein erstrecken sollte.

Herr Fleskes, SPD

Herr Vorsitzender, Herr Regierungspräsident, meine Damen und Herren, ich bin außerordentlich dankbar für die Referate, weil ich ja aus einem städtischen Ballungsraum komme. Die Lernfähigkeit, die Regionalratsmitglieder zeigen müssen, ist ja bei diesem Thema besonders gefragt für Menschen, die aus den Großstädten kommen. Ich bin beeindruckt von den Darstellungen und von der Einbettung der unmittelbaren regionalen Problemlage im Bereich Holz und Forst in einen größeren Zusammenhang. Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Holtkämper, dass Sie das auch unternommen haben, auch wenn das eben ein Bisschen mehr Zeit gekostet hat. Ich denke, gerade in der Frage der Verbindung zwischen ökonomischen und ökologischen Notwendigkeiten ist dies ein ganz wichtiger Gesichtspunkt, den Sie eingebracht haben. Wenn wir in Bezug auf die Frage Klimaveränderungen aus den 70er und 80er Jahren, aus der Phase der Verniedlichung, jetzt in die Phase der Resignation verfallen, dann ist das genau das Falsche. Im Rahmen von Agenda-Arbeit muss man an jedem Punkt weiterarbeiten, wo dies möglich ist. Ich würde gerne noch die eine oder andere Bemerkung machen.

Erstens: wir gehen als Regionalrat pragmatisch mit einem solchen Beschluss um. Ich habe festgestellt, und da gibt es eine einhellige Meinung, dass wir heute mit diesem Beschluss die Region quasi zur Schwerpunktregion erklären. Insofern ist dies auch ein Ausgangspunkt für weiteres Handeln. Wir sagen ausdrücklich "ja" zum Kompetenzzentrum und bitten nicht um Unterstützung, von wem auch immer. Ich denke, dies ist vielmehr ein Auftrag, den der Regionalrat an die Landesregierung gibt und natürlich auch an die Bezirksregierung, diese Strategie ganz nachhaltig zu fahren. Dass sich daraus, Herr Püttmann, automatisch ein Umdenken in der Landesregierung in Bezug auf die Frage, wie geht man mit Bündelungen um und auch mit der Vergabe von Fördermitteln, ergibt, liegt auf der Hand. Aber da lernen wir ja alle noch, und ich denke, das wird sich auch noch einspielen.

Eine Frage hätte ich noch, die ich bitte, vielleicht noch gleich mit aufzunehmen. Richtig ist hier dargestellt worden, dass wir in der Tat in der Region noch erhebliche Potentiale in der Holzverarbeitung und in der Produktion haben, die noch nicht ausgeschöpft sind. Im Rahmen der Vorberatung in der Strukturkommission ist die Frage aufgeworfen worden, wie es mit der Zelluloseproduktion steht. Soweit bekannt, wird nach einem Standort für Zelluloseproduktion in Nordrhein-Westfalen gesucht und

soweit mir bekannt ist, gehört der Regierungsbezirk Arnsberg und insbesondere die Schwerpunktregion Holz- und Forstwirtschaft nicht zu den Suchräumen. Wenn das so wäre, das müsste Herr Püttmann vielleicht an dieser Stelle nochmal erläutern können, dann würde ich das für sehr irritierend halten. Diesen Suchraum sollte man dann auch nach hierhin erstrecken, weil ich denke, dass dies ein Akzent ist, den man zusätzlich setzen kann.

Herr Droege, CDU, Vorsitzender

Wir werden uns sicherlich in weiteren Sitzungen, insbesondere der Kommissionen, mit dieser Thematik zu beschäftigen haben. Hier wird heute der Einstieg gesucht, auch sicherlich in dem klaren Sinn, wie Herr Fleskes es gerade formuliert hat, nicht, in dem nur gebeten wird etwas zu tun, sondern in dem quasi entschieden wird.

Herr Regierungspräsident Kuschke

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, vielleicht ganz wenige Anmerkungen zu dem, was vorgetragen worden ist. Die erste, ich sag all denjenigen, die mitgewirkt haben an der Vorlage, die dem Regionalrat heute vorliegt, ganz herzlichen Dank, einschließlich derjenigen, die heute noch mal vorgetragen haben. Ich gehe auch davon aus, dass diese Vorlage nicht ein Ergebnis ist, sondern ein Arbeitsauftrag. Daher halte ich es auch nicht für tragisch, dass in der Vorbereitung möglicherweise der ein oder andere nicht einbezogen war. Es sind alles Dinge, die jetzt erst auf den Weg gebracht werden müssen, und ich werde auch etwas dazu sagen, wie ich mir das vorstelle.

Die zweite Anmerkung: wir schauen nach vorne. Das kann in der Tat für den Bereich der Forst- und Holzwirtschaft, für den Bereich der regenerativen Energieerzeugung, heute ein Aufbruch sein. Aber es gibt einen Zusammenhang, warum ich doch noch mal ganz kurz in die Vergangenheit schaue. Und da greife ich das auf, was Herr von der Goltz unter dem Stichwort "Motivationsschub" gesagt hat. Nicht nur die weltwirtschaftlichen und sonstigen energiepolitischen Rahmenbedingungen waren Ursache dafür, dass die Forst- und Holzwirtschaft in der Vergangenheit keine ausreichende Bedeutung gehabt haben. Wenn man dann noch weiter in die Exegese einsteigen würde, wären alle Berufsgruppen mit dabei, die eben nicht oder zu spät erkannt ha-

ben, dass es um eine umfassende Wertschöpfungskette geht, um die Ausnutzung, um die Intensivierung und, dass es um Clusterbildung geht. Ich warte immer noch darauf, dass die Vertreter der Kammern aufschreien, wenn der Begriff Cluster genannt wird. Vor ein paar Monaten war das noch so, aber es scheint ein Gewöhnungseffekt eingetreten zu sein. Ich halte es auch in der Ausdifferenzierung, wie es gerade noch mal erklärt worden ist, für einen richtigen Hinweis.

Warum ich noch mal kurz an die Vergangenheit erinnert habe, hat mit der dritten Bemerkung zu tun. Die Landesregierung hat ihre Aufgaben gemacht. Es gibt spätestens seit 1995 eindeutige Förderprogramme, Rahmenbedingungen und die Weiterentwicklung in den entsprechenden Gesetzen. Die Voraussetzungen sind also geschaffen. Das, worüber wir heute diskutieren, passt in den energiepolitischen Dreiklang der Landesregierung, also erstens: das, was an heimischen Energieträgern - auch fossilen - da ist, weiter auszuschöpfen, zweitens: auf regenerative Energieträger stärker zurückzugreifen, und der dritte Punkt sind Energieeinspar-Maßnahmen.

Die vierte Anmerkung: bei allem Respekt gegenüber dem, was Herr Schneider zur zukünftigen Ausrichtung des Regionalrates angemahnt hat, Herr Fleskes hat es auch noch mal aufgegriffen. Meine Damen und Herren, da werden wir in der Zukunft ein noch geeigneteres Thema zur Auseinandersetzung finden. Dieses Thema eignet sich überhaupt nicht, denn in der Beschlussvorlage, wenn Sie dem als Regionalrat so zustimmen, geben Sie uns, der Bezirksregierung, einen eindeutigen Auftrag. Natürlich werden wir den umsetzen und natürlich werden wir auf bewährte Instrumentarien, die in der Region auch erfolgreich gewesen sind, zurückgreifen. Ich nenne hier das Stichwort Lenkungsgremium. Natürlich werden wir in der Überarbeitung der Vorlage auch nach dieser Sitzung noch einmal nachdenken müssen, was stärker berücksichtigt werden muss. Die Stichworte: Kreis Soest, Haus Düsse, LIZ, die Universitäten sind gefallen. Weiterhin ist klar, dass sich in der Abarbeitung eine Bandbreite ergeben wird. Es wird Vorhaben geben, die man relativ schnell für konkrete Förderprogramme in Anmeldung bringen kann. Es wird längerfristige Vorhaben geben. Wir haben im anderem Zusammenhang auch noch mit dem Vorhaben Lantec im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzeptes zu tun, wo man schon etwas umfassender herangehen muss. Wir werden natürlich - und da gibt es keinen Gegensatz zur Landesregierung und auch nicht zum zuständigen Ministerium - ein Gespräch führen, in dem wir in der Breite dieses Konzept vorstellen und dann zu einem ganz klaren und

konkreten Zeit- und Maßnahmenplan kommen werden, den wir Ihnen selbstverständlich auch wieder vorlegen werden und Sie auch um Ihr Votum dazu bitten.

Fünfte Anmerkung: ich komme noch mal auf den Hinweis Motivationsschub zurück. Wir sind als Bezirksregierung natürlich immer hoch motiviert, für mich gilt das in besonderer Weise. Ich will das nur mal an ein paar Dingen deutlich machen. Ich bin bei der bereits mehrfach erwähnten Umweltmesse Dauerschirmherr. Ich hab in Schmalenberg schon zweimal das Vergnügen gehabt, Bewilligungsbescheide zum Holzzentrum übergeben zu können. Ich bin bei den Aktivitäten in Olsberg mit dabei. Zu dem Hinweis, der in Bezug auf Oberösterreich und die dortige Finanzierung kam, will ich eins ganz eindeutig sagen: Auch die Finanzierung wird eine Gemeinschaftsaktion sein müssen, natürlich von Land und Kommune, aber natürlich auch aus dem privaten Bereich und von anderen. Ich denke, da gibt es auch gar keinen Widerspruch, denn die Frage der finanziellen Beteiligung ist ein Hinweis auf das tatsächliche Engagement in der Region.

Mit der sechsten Anmerkung greife ich das auf, was Herr Ostendorff zum Bereich Holzhäuser gesagt hat. Wir werden an einigen Punkten merken, dass der Teufel oftmals im Detail steckt. Ich habe in Olsberg viele gute Aktivitäten kennen gelernt. Wie schwierig es aber ist, vor Ort, in der Region, also da, wo das Holz vor der Tür wächst, solche Holzhäuser zu errichten und Wohnungsbaugesellschaften und Bauträger aus der Region zu finden, wurde deutlich. Im Augenblick sind wir dabei Interessenten aus dem Ruhrgebiet hierfür zu finden. Genauso schwierig ist es, die Kreditinstitute, ich denke vor allem an die mit kommunaler Gewährsträgerschaft, auf diesen Weg zu bringen. Also, der Teufel steckt in der Tat im Detail. Ich denke, wir müssen als Ziel energisch verfolgen, dass da, wo der Wald wirklich vor der Tür ist, diese Dinge auch angegangen werden. Denn nur so erreichen wir, dass wir auch Holzhäuser und Holzheizanlagen im Ruhrgebiet haben werden. Sicherlich muss in diesem Zusammenhang die Frage nach der Logistik und dem Verkehr gestellt werden. Ich glaube auch diese Probleme werden wir lösen können. Aber Herr Ostendorff hat Recht, wir haben hier einen Nachholbedarf.

Zusammenfassend lassen Sie mich sagen, dass wir uns freuen und es begrüßen würden, wenn wir den in der Beschlussvorlage formulierten Auftrag bekommen würden, und ich könnte mir vorstellen, dass wir Ihnen in ca. einem Jahr auch einen er-

sten Zwischenbericht vorlegen, was wir bis dahin erreicht haben und dieses dann mit Ihnen zusammen erörtern.

Herr Püttmann, Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Herr Kuschke hat schon einige Fragen vorweg beantwortet. Herr Ostendorff, Ihnen möchte ich noch antworten. Die Frage war, warum kommt das Holz aus Schweden. Vor ca. 4 – 6 Wochen tagte hier die Versammlung der Sägewerksbesitzer des Landes Nordrhein-Westfalen. Es gibt eine Kapazität von ca. 2 Mio. Festmeter Holzeinsatz, aber derzeit keine Auslastung. Das liegt nicht daran, dass unser Holz hier in Nordrhein-Westfalen oder im Sauerland nicht geeignet ist, sondern u.a. daran, dass die Markterfordernisse von unseren Sägewerkern nicht erfüllt werden können. Ich hab ja vorhin aufgezeigt, dass wir sehr viele Unternehmen haben, dass das Familienunternehmen sind, die zum teil kapitalschwach und sehr klein sind. Der Markt erfordert differenzierte Produkte, diese können von den einzelnen Werken nicht in Gänze hergestellt werden. Der Knackpunkt ist im Endeffekt, Holz bereitzustellen was sich mit anderen Baustoffen messen kann, Holz bereitzustellen, was die Form hält, was die Stabilität hält, was normbar ist. Alles das sind Forderungen des Marktes. Daran, haben die Sägewerker gesagt, müssen sie sich messen lassen. Sie wollen sozusagen keine Marktbeeinflussung von außen, sie sagen, sie kommen dadurch. Ihnen ist auch klar, und das wurde auch ganz deutlich bei der Versammlung, dass noch Werke Federn lassen werden.

Zweiter Punkt, den Sie angesprochen haben, wer ist überhaupt für Biomasse und regenerative Energien zuständig. Die Landesregierung hat die Landesinitiative Zukunftsenergien ins Leben gerufen. Dort werden alle Aufgaben, alle Kompetenzen der Landesregierung gebündelt. Mitglieder sind u.a. das Wirtschaftsministerium, das Wissenschaftsministerium, das Bauministerium usw. Dort ist auch – stimmberechtigt - das Zentrum für nachwachsende Rohstoffe in Haus Düsse eingebunden und soll, meines Wissens, sogar noch finanziell und personell verstärkt werden.

Herr Schneider, Sie haben zu Recht auf das Selbstbewusstsein des Regionalrates hingewiesen. Meine zuvor gemachten Aussagen bezogen sich mehr auf die Frage, wieviel finanzielle Mittel der Landesregierung überhaupt zur Verfügung stehen oder

was in Düsseldorf bezüglich Bundes-, Landes- und EU-Mitteln gebündelt wird. Ich weiß aus dem forstlichen Sektor, dass die Nachfrage zum Teil mehrfach über den Möglichkeiten des Landes liegt. Es wurde noch der Wunsch geäußert, Naturschutzmittel für den forstlichen Sektor umzuschichten, dieses ist geschehen bzw. kann geschehen. Wenn Sie den Landeshaushalt des Umweltministeriums betrachten, werden Sie feststellen, dass die entsprechenden Mittel deckungsfähig sind. Schon im letzten Jahr sind m.E. Naturschutzmittel für forstliche Maßnahmen im Bereich FFH umgeschichtet worden.

Die Frage nach dem Zellstoffstandort ist angesprochen worden. Es hat intensive Nachforschungen und Aufträge unseres Hauses und des Wirtschaftsministeriums gegeben. Knackpunkt für die Region hier war, dass zwar der Rohstoff vorhanden ist, aber im Endeffekt verbraucherfern, wasserfern und infrastrukturfremd. Das waren die Hauptnachteile. Man hat einen Zellstoffstandort herausgefunden für Nordrhein-Westfalen. Dieser liegt am Rhein, in der Nähe von Wesel. Man hat allerdings keinen Investor gefunden. Als Herr Ministerpräsident Clement vor ca. 6-8 Wochen aus den neuen Bundesländern zurückkam, berichtete er, dass dort ein solches Werk gebaut werde, u.a. auch wegen besserer Förderkonditionen.

Herr von der Goltz, Forstamt Schmallenberg

Zum Stichwort Motivationsschub möchte ich noch einflechten, dass die Diskussion um die Etablierung von forst- und holzwissenschaftlichen Know-how an Fachhochschulen und Universitäten virulent im Gange ist. Wenn Sie sich in diesen Prozess aktiv einklinken würden, würde die Region Ihnen sehr dankbar sein.

Herr Stork, Kreisdirektor des Hochsauerlandkreises

Ich möchte gerne noch auf die Anmerkungen von Herrn Ostendorff eingehen. Ich glaube Ihre Analyse, Herr Ostendorff, war genau richtig. Das ist auch die Begründung gewesen, warum wir uns zunächst im Teilbereich Hochsauerlandkreis, aber auch in der ganzen Region um das Thema gekümmert haben. Zunächst haben wir den Blick auf die ökologischen, aber dann vor allem auch auf die wirtschaftlichen Fragen gerichtet. Wir haben uns im Regionalen Entwicklungskonzept damit beschäftigt und haben hier klare Beschlüsse gefasst. In einem der nächsten Tagesord-

nungspunkte wird das behandelt. Wir haben aber sicherlich heute noch keine Patentrezepte, wie wir an das Thema heran gehen. Was wir allerdings gesehen haben, auch mit dem ZENIT-Gutachten im Hochsauerlandkreis, das sich sehr intensiv mit der Frage der Holzwirtschaft, vor allen Dingen mit der Abgrenzung Forst und Holz, aber auch mit der Holztechnologie hier im Kreis beschäftigt hat, ist, dass man nicht von oben nach unten sondern von unten nach oben arbeiten muss. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Man muss die Partner am Markt - ich sage es mal ein Bisschen flapsig - „per Mund-zu-Mund-Beatmung wach küssen“ und dann über ein Netzwerk ganz allmählich diese Region im Bereich Forst und Holz intelligenter machen, um damit auch eine größere Wertschöpfung und damit letztendlich auch mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Ein letzter Punkt ist, wir müssen dringend das erforderliche Know-how importieren. Wir merken, dass unser Know-how hier auf dem Markt nicht ausreicht, um mit der vorhandenen Konkurrenz mithalten zu können.

Wo wir dieses Know-how ansiedeln, wird eine der entscheidenden Fragen sein. Ich kann nur sagen, wir im Sauerland und auch in Siegen-Wittgenstein haben uns als sehr starke Kreise mit sehr viel Holz sehr intensiv in den letzten Jahren um diese Frage gekümmert. Nun möchte ich einen kleinen Widerspruch auch in die Region hinein wagen. Ich denke, Haus Düsse ist sehr stark in der Landwirtschaft aber nicht stark in der Forstwirtschaft und das Know-how sollte dahin gelegt werden, wo die Forstwirtschaft ist, wo die Holzwirtschaft stattfindet und eher nicht in landwirtschaftliche Bereiche. Hierüber werden wir uns in der Region allerdings noch sehr intensiv unterhalten müssen, denn hier geht es natürlich um Institutionen und auch um Geldzuflüsse. Ich glaube das Know-how muss da sitzen, wo produziert wird, wo die Urproduktion stattfindet und wo letztendlich auch die Holzindustrie ist.

Herr Schneeweis, CDU

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es ist verständlich, dass die einzelnen Orte oder Kreise für ihre Stärken werben. Ich darf vielleicht darauf hinweisen, dass das Land Nordrhein-Westfalen ein Ökozentrum in Hamm geschaffen hat, und ich denke, es wäre ausgesprochen sinnvoll, dieses Ökozentrum in den Cluster mit einzubeziehen, zumal auf dem Gelände des Ökozentrums auch eine Fertighausfirma sitzt, die Häuser in Rahmenbauweise und als Niedrig-Energie-Häuser herstellt.

Herr Rahmede, CDU

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich will auch noch den Märkischen Kreis als wichtigen Holzstandort erwähnen. Aber deswegen allein habe ich mich nicht zu Wort gemeldet. Ich denke, wir diskutieren hier jetzt schon seit einer Stunde und haben eine wichtige Gruppe ganz ausgeblendet. Das sind die Holzerzeuger, das ist der private Waldbesitzer. Wer mit dieser Gruppe mal zu tun hatte, der weiß, dass auf sie eine ganze Menge von Problemen einstürzen. Ich will das an einigen Beispielen deutlich machen. Da ist einerseits die Konkurrenz zwischen Staatsforst und Privatwald. Der Privatforst versteuert seine Einkommen, er bezahlt Berufsgenossenschaftsbeiträge und trägt die gesellschaftlichen Lasten des Tourismus. Ich denke da insbesondere an die ballungsnahen Standorte von Waldbesitz. Ein großes Problem ist eigentlich die Besteuerung der Einschläge und der laufenden Erträge. Hier sollte man wirklich bei der Behandlung dieses ganzen Themas, den Privatwaldbesitzern die Rolle zuweisen, die sie demnächst haben. Sie wissen selbst, dass aus den landwirtschaftlichen Besitzungen immer mehr Waldbesitz ausgekoppelt wird. Da werden rudimentäre Bestände von staatlicher Seite, per Akklamation, durch konkludentes Handeln oder wie auch immer zum Gewerbebetrieb. Es hat niemand einen Gewerbebetrieb angemeldet, sie werden einfach dazu. Und all diese Probleme müssten einmal aufgearbeitet werden.

Herrn Hemme, Vertreter der Landwirtschaftskammer

Herr Vorsitzender, Herr Regierungspräsident, ich möchte noch einmal an die Ausführungen von Herrn von der Goltz anschließen und mit einem Satz auf das eingehen, was Herr Stork eben gesagt hat. Ich denke, es wird ganz entscheidend sein, unabhängig von räumlichen Schwerpunktbildungen, die in der Region vorhandenen Kompetenzen zu vernetzen und zum gemeinsamen Wirken zu bringen. Ich denke, dieser Gesichtspunkt sollte noch einmal ausdrücklich betont werden.

Herr Droege, CDU, Vorsitzender

Dankeschön für die sehr interessanten Wortbeiträge.

Herzlichen Dank noch einmal an alle, die an der Vorlage mitgearbeitet haben. Sie werden auch in nächster Zeit unsere Gesprächspartner sein.